



Die Europa-Abgeordneten Dr. Werner Langen und Birgit Collin-Langen (CDU) sowie die Kandidatin Simone Thiel (CDU) im Gespräch mit Gereon Haumann

„Wir wollen kein Einheits-Europa“

Am 25. Mai 2014 ist Europawahl. Wie stehen die Parteien zu zentralen Forderungen des Gastgewerbes?

Das hat der DEHOGA Rheinland-Pfalz in seinem Wahlcheck die rheinland-pfälzischen Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament gefragt und sie ins DEHOGA-Zentrum eingeladen. „Unsere Branche lebt von offenen Grenzen sowie der Mobilität von Gästen und Arbeitnehmern, daher haben wir ein großes Interesse, wie sich die Europäische Union entwickelt“, so DEHOGA-Präsident Gereon Haumann. Der Wunsch des DEHOGA: Europa soll bürgernah und unbürokratisch handeln. Dr. Werner Langen und Birgit Collin-Langen, beide CDU-Abgeordnete im EU-Parlament, begrüßte Haumann in Bad Kreuznach, Simone Thiel war im Familien-Hotel in Horath zu Gast.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die betriebliche Ausbildung zu stärken und die duale Ausbildung europaweit und grenzüberschreitend als Modell gegen Jugendarbeitslosigkeit zu fördern?

Dr. Werner Langen: Es liegt kein Vorschlag zur Abschaffung des Meisterbriefes vor. Wir setzen uns für die uneingeschränkte Beibehaltung der Meisterqualifizierung und der dualen Ausbildung ein. Wir sind dafür, dass diese Ausbildung gleichberechtigt zur graduierten Berufsausbildung in anderen Ländern anerkannt wird; dies bedeutet eine Aufwertung.

Birgit Collin-Langen: Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das exportiert werden muss. Leider ist das noch nicht in den Köpfen der Eurokraten angekommen. Doch dieses Modell lohnt, es nachzuahmen, zu schützen und weiterzuentwickeln.

Simone Thiel: Selbstverständlich werde ich mich dafür einsetzen. Die fundierte Ausbildung mit Qualität hat sich bewährt und andere Länder versuchen es zu übernehmen. Das westliche Rheinland-Pfalz könnte hier gut mit seinen Nachbarländern zusammenarbeiten. Es bleibt aber die Frage der Sprachkompetenz.

Gereon Haumann: Wir vom DEHOGA Rheinland-Pfalz machen derzeit gute Erfahrungen mit dem Förderprogramm MobiPro. Es setzt genau da an und unterstützt die Deutschkurse im Herkunftsland der ausländischen Mitarbeiter, in unserem Fall spanische Auszubildende.

Sehen Sie den Schutz einzelner Reiseleistungen unter der erst 2011 verabschiedeten Verbraucherrichtlinie als ausreichend an? Werden Sie sich für eine Beibehaltung der jetzigen Überarbeitungsfassung stark machen?

Birgit Collin-Langen: Ich bin ganz auf Ihrer Seite. Man darf auch nicht dauernd an Rahmenbedingungen drehen. Die Unternehmer brauchen Verlässlichkeit.

Dr. Werner Langen: Ich finde, dass die derzeit bestehenden Regelungen ausreichend sind. Doch man kann nie ausschließen, dass es neue Vorschläge seitens der Kommission gibt.

Werden Sie sich für eine einfachere und schnellere Visa-Vergabe einsetzen?

Gereon Haumann: Kein Land hat mehr Übernachtungen als Deutschland; wir haben inzwischen die frühere Nummer 1, Spanien, überholt. Daher ist dem Gastgewerbe dieser Punkt sehr wichtig.

Dr. Werner Langen: Angesichts des Konflikts mit illegalen Einwanderern bin ich für eine vernünftig geregelte Einwanderungspolitik, um die Visa-Freiheit auszudehnen. Ich unterstütze auch das Ausstellen von Visa auf elektronischem Wege, um das Verfahren zu erleichtern.

Birgit Collin-Langen: Ich bin für ein vereinfachtes Verfahren, da man ja Reisen von permanenten Aufenthalten trennen kann.



Sind auch Sie dagegen, kleine und mittlere Unternehmen mit denselben Handlungspflichten zu belegen wie auf Datenverarbeitung spezialisierte Großunternehmen?

Birgit Collin-Langen: Das ist typisch Brüssel. Für die KMU ist der verschärfte Datenschutz weder leistbar noch erforderlich.

Simone Thiel: Die Belastung für kleine und mittelständische Unternehmen wäre immens.

Gereon Haumann: Von den rund 15.000 gastgewerblichen Betrieben in Rheinland-Pfalz machen 42% weniger als 100.000 Euro Umsatz, weitere 25% liegen zwischen 100.000 und 200.000 Euro. Das bedeutet, es liegen hier Kleinststrukturen vor. Ich bitte die EU-Abgeordneten, dies im Hinterkopf zu behalten.

Dr. Werner Langen: Das ist ein schwieriges Thema. Die kleinen Betriebe dürfen nicht in dem Maße in die Pflicht genommen werden, wie die größeren. Der ursprüngliche Entwurf orientierte sich an der Arbeitnehmerzahl eines Betriebes. Das finde ich sinnvoll. Wir haben eine Reihe von Mittelstandsinitiativen für eine Entbürokratisierung gestartet, die leider nicht so gewirkt haben, wie gewünscht. Meist sprachen Verbraucherschutzgründe dagegen.

Werden Sie sich für mehr Transparenz und klare Regeln bei der Verwertung von Urheberrechten auf EU-Ebene einsetzen? Wollen Sie die Aufstellung angemessener Tarife sicherstellen?

Birgit Collin-Langen: Mit ihrem Tarifvorstoß hatte die GEMA jedes Volks- und jedes Familienfest in Gefahr gebracht. Es muss eine Obergrenze geben und dies muss national geregelt werden.

Dr. Werner Langen: Ich halte den Themenkomplex für eine Sache des nationalen Rechts. Die EU-Kommission will hierzu Vorschläge machen, die wir prüfen werden.

Simone Thiel: Das geistige Eigentum muss geschützt werden. Aber dies muss auch praktikabel sein. Es dürfen vor allem keine ungebührlich hohen Belastungen anfallen. Europa sollte hier den Rahmen stecken.

Sprechen Sie sich dagegen aus, dass regionale und kulturprägte Verhaltensweisen wie das Essen und Trinken auf

europäischer Ebene reglementiert werden?

Simone Thiel: Leben und leben lassen, sage ich nur. Wir wollen kein Einheits-Europa. Wir fahren nicht umsonst zum Urlaub in andere Länder, um die Menschen dort und ihre Kultur kennenzulernen.

Dr. Werner Langen: Das ist ein heftig umstrittenes Thema, auch im Europäischen Parlament. Wir brauchen eine vernünftige Aufklärung. Aber der Verbraucher darf nicht als unmündig dargestellt werden. Daher stimme ich Ihrer Forderung uneingeschränkt zu.

Birgit Collin-Langen: Jeder ist für sich selbst verantwortlich. Aber natürlich müssen auch die Inhaltsstoffe gekennzeichnet werden.

Sprechen Sie sich gegen die Einführung von Pflichtgebühren für die Erstkontrolle aus? Werden Sie der Einführung von Transparenzmodellen, wie z.B. einem Hygienebarometer, widersprechen?

Birgit Collin-Langen: Ich bin gegen die Einführung von Pflichtgebühren, denn ich sehe durchaus die Gefahr des Wildwuchses, wenn dieses Modell Schule machen sollte.

Dr. Werner Langen: Dies wird im Zusammenhang mit der Lebensmittelsicherheit kontrovers diskutiert. Amtliche Kontrollen müssen aber normale Aufgabe der Verwaltung bleiben. Dafür werden schon genug Steuern bezahlt.

Simone Thiel: Das Thema muss in den Mitgliedsstaaten selbst geregelt werden. Brüssel sollte nur einen Regelungsrahmen errarbeiten, die Durchführung liegt in der Eigenverantwortlichkeit der Länder. Ich bin überdies gegen das öffentliche an den Pranger stellen. Das Problem von Hygienemängeln muss schon bei der Ausbildung im Gastgewerbe angegangen werden.

Gereon Haumann: Ich danke Ihnen für dieses Stichwort. Wir vom DEHOGA Rheinland-Pfalz fordern den Befähigungsnachweis für all diejenigen, die sich im Gastgewerbe selbstständig machen wollen. Alles andere, auch das Hygienebarometer, ist nur ein Herumdoktern an Symptomen. Und eine Zahl gibt uns Recht: Ein Drittel aller Existenzgründer sind in den ersten drei Monaten pleite. Daher brauchen die Quereinsteiger eine Schulung als Vorbereitung auf die Selbstständigkeit. ■



Die SPD-Abgeordneten Jutta Steinruck und Norbert Neuser zu Gast im DEHOGA-Zentrum

„Duale Ausbildung ist eine Schlüsselqualifikation“

■ Beim Kampf für den Erhalt der dualen Ausbildung oder für eine schnellere Visa-Vergabe innerhalb der EU steht die SPD an der Seite des DEHOGA. Bei ihren Gesprächen mit Gereon Haumann, Präsident des DEHOGA Rheinland-Pfalz, im DEHOGA-Zentrum haben sowohl Jutta Steinruck als auch Norbert Neuser (beide EU-Abgeordnete) ihre Unterstützung zugesagt. Im Übrigen sprachen sich beide für das Subsidiaritätsprinzip aus. Sachverhalte, die auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht effektiv geregelt werden könnten, sollten auf EU-Ebene behandelt werden, so Jutta Steinruck.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die betriebliche Ausbildung zu stärken und die duale Ausbildung europaweit und grenzüberschreitend als Modell gegen Jugendarbeitslosigkeit zu fördern?

Jutta Steinruck: Die duale Ausbildung ist eine Schlüsselqualifikation. Wer diese Ausbildung absolviert hat, ist anschließend vielseitig einsetzbar. Bei der dualen Ausbildung ist viel Engagement - zum Teil ehrenamtlich - auf der betrieblichen Ebene erforderlich. Es ist daher nicht leicht, das Modell ad hoc auf andere Länder zu übertragen. Als Modell für eine qualifizierte Ausbildung hat es Vorbildfunktion. Es verknüpft auf ideale Weise Theorie und Praxis. Dies ist auch ein Grund warum Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland geringer ist. Was wir in der EU brauchen, ist die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen. Das unterstützt die Mobilität. Und wir brauchen eine Verständigung über Mindeststandards für eine qualitative gute Ausbildung, um langfristig messbare Erfolge zu erzielen.

Norbert Neuser: Eine vergleichbare Diskussion wird zum Schutz der besonderen Qualifikation des Meisterbriefs geführt. Hier sind IHK und HWK Ihre Mitspieler. Wir Sozialdemokraten werden uns auch weiterhin

für den Schutz dieses einzigartigen Systems der dualen Ausbildung einsetzen.

Gereon Haumann: Der DEHOGA Rheinland-Pfalz bietet arbeitslosen Jugendlichen in Spanien eine Ausbildung in den gastgewerblichen Berufen an den Berufsschulstandorten Edenkoben und Berncastel-Kues. Mit dem Förderprogramm MobiPro werden unter anderem die Deutschkurse für die jungen Menschen finanziert. Dabei wird eine der Hürden für die Mobilität abgebaut. Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe bemüht sich um jeden Menschen und wir werden mit unserer Willkommenskultur einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass sich die spanischen Auszubildenden bei uns wohl fühlen und dies Projekt kein Einzelfall bleibt.

Sehen Sie den Schutz einzelner Reiseleistungen unter der erst 2011 verabschiedeten Verbraucherrichtlinie als ausreichend an? Werden Sie sich für eine Beibehaltung der jetzigen Überarbeitungsfassung stark machen?

Jutta Steinruck: Die Verbraucherrechtlinie ist im Dezember 2013 in Deutschland in nationales Recht umgesetzt worden und tritt erst zum 13. Juni 2014 in Kraft. Derzeit zeigt sie also noch keine Wirkungen und die Bedeutung für den Verbraucherschutz ist also nur theoretisch abschätzbar. Wir Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, dass das vorgesehene Schutzniveau für Verbraucher bei z.B. Haustürgeschäften geschärft wird und zwar durch die Umformulierung von einer Voll- in eine Mindestharmonisierung. Es gilt abzuwarten, ob dadurch die Einzelreiseleistungen ausreichend geschützt werden. Auch die Pauschalreiserrichtlinie ist deswegen nicht überflüssig. Denn die Zielrichtungen der beiden Richtlinien ist unterschiedlich. Die Verbraucherrechtlinie führt Richtlinien über Haustürgeschäfte und Fernabsatzverträge zusammen, die Pauschalreiserrichtlinie soll die Verbraucher bei der Kombination

von Reiseleistungen ein durchschaubares und einheitliches Regelungsgerüst an die Hand geben – gerade wenn Reisen von verschiedenen Anbietern durchgeführt werden.

Werden Sie sich für eine einfachere und schnellere Visa-Vergabe einsetzen?

Jutta Steinruck: Eine gemeinsame europäische Visumpolitik ist wichtig, auch für die Tourismusbranche. Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine Vereinfachung der Visapolitik ein. Der Kommissionsvorschlag vom 1. April 2014 geht in mehreren Punkten auf unsere Forderungen ein. Dazu gehören Visa für Mehrfachreisende mit einer Gültigkeitsdauer von bis zu 5 Jahren sowie Langzeitvisa mit 1-jähriger Gültigkeitsdauer. Außerdem sind wir für vereinfachte Antragsverfahren.

Norbert Neuser: Wir müssen unterscheiden, ob es sich um Arbeits- oder Urlaubsvisa handelt. Alles, was hilft, Völker zusammen zu bringen, ist zu begrüßen. Daher sind wir für eine Ausweitung des visumfreien Reisens auf weitere Länder. Dabei dürfen wir aber den Schutz nicht außer Acht lassen.

Sind auch Sie dagegen, kleine und mittlere Unternehmen mit denselben Handlungspflichten zu belegen wie auf Datenverarbeitung spezialisierte Großunternehmen?

Jutta Steinruck: Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger sich auf einen umfassenden Schutz ihrer Daten verlassen können und dass es nicht gleichzeitig zu unnötigen bürokratischen Belastungen für kleine und mittelständische Betriebe kommt. Ein einheitliches hohes Datenschutzniveau kann aber nicht erreicht werden, wenn KMUs pauschal von den Schutzbestimmungen ausgenommen werden. Die KMUs müssen vielmehr in die Lage versetzt werden, unbefugten Zugriff auf Geschäftsdaten erst einmal zu erkennen und erforderliche Gegenmaßnahmen zu treffen. Den möglichen Mehrkosten, die z.B. einen Datenschutzbeauftragten für die Firma bedeuten würde, stehen die möglichen finanziellen Verluste des Betriebes bei Missbrauch der Firmendaten gegenüber.

Gereon Haumann: Auch der DEHOGA Rheinland-Pfalz hält den

Datenschutz für ein hohes Gut. Während der ursprüngliche Entwurf der Kommission aber noch eine Anzahl von 250 Arbeitnehmern als grundlegende Voraussetzung ansah, will das Europäische Parlament einen Schwellenwert von 5000 Datensätzen ansetzen. Dieser ist bei einem Hotel mit 20 Zimmer schnell erreicht. Doch ein solcher Betrieb kann sich weder einen eigenen Datenschutzbeauftragten leisten, noch die weiteren Pflichten erfüllen. Wir fordern daher die Rückkehr zum ursprünglichen Entwurf.

Norbert Neuser: Es ist gut, dass Sie Alarm geben. Wir Sozialdemokraten wissen, wie wichtig der Mittelstand für die deutsche Wirtschaft ist. Regulierung ist gut, aber sie muss auch leistbar sein.

Sprechen Sie sich gegen die Einführung von Pflichtgebühren für die Erstkontrolle aus? Werden Sie der Einführung von Transparenzmodellen, wie z.B. einem Hygienebarometer, widersprechen?

Jutta Steinruck: Lebensmittel- und Hygienekontrollen in der Primärproduktion, den verarbeitenden Betrieben und im Gaststättenwesen dienen der Sicherheit und der Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Skandale in der Vergangenheit, haben immer wieder bewiesen, dass die Kontrolldichte und –häufigkeit überall in der EU unzureichend ist. Und dies, weil die Mittel für mehr Kontrollen fehlen. Kontrollierte Betriebe deshalb an den Kontrollen zu beteiligen – wie es bei jeder Leistung des Gesundheitsamts im Übrigen der Fall ist – ist durchaus ein Mittel, um Vertrauen bei Verbrauchern herzustellen.

Gereon Haumann: Stellen Sie sich vor, Sie werden auf der Straße von der Polizei angehalten wegen einer allgemeinen Fahrzeugkontrolle. An Ihrem Wagen ist alles vorschriftsmäßig, doch bevor Sie weiterfahren können, werden Sie zur Kasse gebeten. Dies entspricht in etwa dem Vorhaben, die Erstkontrolle mit einer Gebühr zu belegen. Dagegen sprechen wir uns ganz klar aus. Die Durchführung staatlicher Kontrollen ist keine Dienstleistung des Staates. Ist ein Betrieb schon einmal auffällig geworden und wird daraufhin erneut kontrolliert, so könnten wir uns hier eine Gebühr vorstellen. eine hoheitliche Aufgabe des Staates, die gebührenfrei bleiben muss, da sie bereits über Steuergelder finanziert wird. ■



Romeo Franz (Grüne), Kandidat für die Europawahl, zu Gast im DEHOGA-Zentrum

„Wir brauchen die Inklusion der Zuwanderer“

„Vor der Globalisierung können wir uns nicht verschließen; Europa darf keine Festung sein.“ Das sagte Romeo Franz (Grüne), Kandidat für die Europawahl, bei seinem Gespräch mit DEHOGA-Präsident Gereon Haumann. Die Visapolitik in der EU war eines der Themen, die bei dem Wahlchecktermin zur Sprache kamen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die betriebliche Ausbildung zu stärken und die duale Ausbildung europaweit und grenzüberschreitend als Modell gegen Jugendarbeitslosigkeit zu fördern?

Gereon Haumann: Aufgrund niedriger Geburtenraten und einer verstärkten Studienneigung hat das Gastgewerbe in Deutschland zunehmend Probleme ausreichend beruflichen Nachwuchs zu bekommen. Daher ist unsere Branche, die seit jeher offen für Arbeitskräfte auch aus dem Ausland ist, dankbar für staatliche Förderprogramme wie MobiPro, die die Mobilität innerhalb der EU steigern. So können wir jetzt ganz aktuell 100 jungen arbeitslosen Spaniern einen Ausbildungsplatz in Rheinland-Pfalz bieten. Unser Modell der dualen Ausbildung sollte Vorbild sein für unsere europäischen Nachbarn, denn es garantiert eine qualifizierte Ausbildung. Hinter diesen Standard dürfen wir nicht zurückfallen.

Romeo Franz: Das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist ein Problem in der EU. Daher werden wir immer stärker auf Zuwanderung angewiesen sein. Ich sehe aber mit Sorge, dass das Thema hier zu Lande ethnisiert wird und von Armutszuwanderung gesprochen wird. Mein Wunsch an das Gastgewerbe ist, dass es zeigt, was Willkommenskultur heißt. Wir brauchen die Inklusion von Zuwanderern auch aus ethnischen Minder-

heiten. Es wird uns auch nichts bringen, in Deutschland nur Akademiker auszubilden. Wir brauchen handwerklich gut ausgebildete Menschen. Das Studium ist kein Muss, um ein wertvolles Mitglied in der Gesellschaft zu sein.

Gereon Haumann: Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Leider wird in Deutschland der universitäre Weg in der öffentlichen Meinung bevorzugt. Doch jeder Beruf verdient Wertschätzung. Wir brauchen daher wieder eine neue Wertschätzung der menschlichen Arbeitsleistung. Wir Deutschen sind zu sehr technik-verliebt.

Werden Sie sich für eine einfachere und schnellere Visa-Vergabe einsetzen?

Romeo Franz: Vor der Globalisierung können wir uns nicht verschließen; Europa darf keine Festung sein. Daher können wir nicht mehr in nationalen Grenzen denken. Der Klimawandel wird uns dazu bringen, uns verstärkt mit dem Thema Zuwanderung zu beschäftigen. Es muss meiner Ansicht ohnehin der Mensch im Vordergrund stehen und nicht die Nationalität.

Sehen Sie den Schutz einzelner Reiseleistungen unter der erst 2011 verabschiedeten Verbraucherrichtlinie als ausreichend an? Werden Sie sich für eine Beibehaltung der jetzigen Überarbeitungsfassung stark machen?

Gereon Haumann: Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur Novellierung der Pauschalreiserichtlinie aus dem Jahr 1990 vorgelegt. Da sich das Buchungsverhalten der Reisenden geändert hat und sie

überwiegend über das Internet buchen, ist eine Anpassung notwendig. Wichtig für unsere Branche ist nun die künftige Definition der Nebenleistungen, die zu einer Übernachtung hinzutreten dürfen, ohne daraus ein Pauschalangebot zu machen. Hier haben die Ausschüsse weitergehenden Änderungsvorschläge gemacht. Das hätte Konsequenzen für die Hotellerie unter anderem bei Haftungsfragen. Wir sind der Ansicht, dass die Reisenden über die Verbraucherrichtlinie aus dem Jahr 2011 bereits ausreichend geschützt sind.

Romeo Franz: Ich kann Ihre Argumente nachvollziehen. Ich bin der Ansicht, es gibt wichtigeres zu regeln.

Sind auch Sie dagegen, kleine und mittlere Unternehmen mit denselben Handlungspflichten zu belegen wie auf Datenverarbeitung spezialisierte Großunternehmen?

Gereon Haumann: Zwei Drittel der gastgewerblichen Betriebe in Rheinland-Pfalz erzielen einen Umsatz bis maximal 200.000 Euro und haben 2-3 Mitarbeiter. Verschärfte Auflagen beim Datenschutz, die sich aus der neuen Bemessungsgrenze - 5000 Datensätze im Jahr statt Anzahl der Beschäftigten - ergeben würden, würden für diese kleinen und mittelständischen Betriebe einen enormen bürokratischen Aufwand bedeuten. Wir sind für die Rückkehr zum ursprünglichen Entwurf, denn wir brauchen Kriterien.

Romeo Franz: Datenschutz ist ein wichtiges Thema. Die NSA-Affäre hat uns gelehrt, wie löchrig unser System ist. Es muss alles getan werden, damit unsere Daten geschützt werden. Doch Ihre Argumente sind nachvollziehbar. Man muss realistisch bleiben, was leistbar ist.

Werden Sie sich für mehr Transparenz und klare Regeln bei der Verwertung von Urheberrechten auf EU-Ebene einsetzen?

Romeo Franz: Als Musiker und Komponist weiß ich natürlich, wie wichtig das Urheberrecht ist. Tarifierhöhungen oder die Aufstellung neuer Tarife sehe ich kritisch. Von den Erhöhungen kommt bei dem Künstler

nichts an. Ich bin für mehr Transparenz und klare Regeln.

Sprechen Sie sich dagegen aus, dass regionale und kultur-geprägte Verhaltensweisen wie das Essen und Trinken auf europäischer Ebene reglementiert werden?

Gereon Haumann: Wir sagen „Nein“ zu immer neuen europäischen Gesetzesinitiativen, die den Bürgern vorschreiben wollen, was und wie sie zu essen und zu trinken haben. Viel besser wären Aufklärungsprogramme zur gesunden Ernährung. Einen „Veggiday“ sehen wir daher kritisch.

Romeo Franz: Unser Vorstoß mit einem Veggiday ist in der öffentlichen Diskussion missverstanden worden. Es sollte niemandem vorgeschrieben werden, wann er wie essen soll. Vielmehr ging es beim Veggiday um ein freiwilliges Angebot, mit dem ein Nachdenken über gesunde Ernährung, über Klimaschutz und Nachhaltigkeit angestoßen werden sollte. Wir sind gegen Zwang und Vorschriftenen.

Sprechen Sie sich gegen die Einführung von Pflichtgebühren für die Erstkontrolle aus? Werden Sie der Einführung von Transparenzmodellen, wie z.B. einem Hygienebarometer, widersprechen?

Gereon Haumann: Die Lebensmittelkontrolle ist eine staatliche Aufgabe. Es ist geplant, die Routinekontrolle mit einer Gebühr zu belegen. Das kann nicht sein. Ich bringe gerne das Beispiel der Fahrzeugkontrolle durch die Polizei. Sie werden angehalten, Ihr Auto wird überprüft und wenn alles korrekt ist, können Sie weiterfahren - ohne vorher noch für die Kontrolle von der Polizei zu Kasse gebeten zu werden.

Romeo Franz: Die Auto-Kontrolle durch den TÜV ist kostenpflichtig. Allerdings könnte man auf die Kosten für die Erstuntersuchung verzichten und - analog zum TÜV - nur die Folgeuntersuchung mit einer Gebühr belegen. ■

GEMA-Sondertarif zur Fußball-WM 2014

■ Nach wochenlangen Verhandlungen ist es dem DEHOGA doch noch gelungen mit der GEMA einen Sondertarif für die Wiedergabe von Fernsehsendungen anlässlich der Fußball-WM 2014 zu vereinbaren.

Dieser Sondertarif in Höhe von 80 Euro brutto gilt für Kleinbetriebe und Räume bis 200 qm,

wenn Großbildfernseher / Leinwände über 106 cm bzw. über 42 Zoll Bilddiagonale aufgestellt werden.

Für normale, kleinere Fernseher bzw. für Großbildfernseher in Räumen über 200 qm gelten die jeweils allgemeinen Vergütungssätze für Fernseher bzw. für Großbildschirme

Das Merkblatt DEHOGA aktuell „Fußball WM 2014 – Fakten und Konditionen zur TV-Übertragung im Gastgewerbe“ sind entsprechend überarbeitet. Damit eine bessere Vergleichbarkeit besteht, sind nun alle Tarife in Brutto-Beträgen angegeben. Die GEMA wird Anfang Mai 2014 über 100.000 Gastronomen ansprechen und diesen Sondertarif anbieten. ■